

PROKLA-Redaktion

Editorial: Politische Ökonomie des Eigentums

Ende 2016 veröffentlichte die PROKLA-Redaktion einen Artikel mit dem Titel »Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand«. Neun Jahre waren damals seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vergangen. Es setzte eine Phase niedriger Wachstumszahlen in Europa ein, die Staatsschulden schnellten in die Höhe. Die seit den 1990er Jahren geführte Diskussionen über Klimawandel und ökologische Krise verliefen im Sande, weil es nun um »harte Themen« ging: Haushaltspolitik und Wirtschaftswachstum. Und auch andere Krisentendenzen wurden im Fortgang verstärkt und waren in einigen Ländern – wie damals allen voran Frankreich – begleitet von monate- oder gar jahrelang verlängerten Ausnahmezuständen. Der politisch induzierten Staatshaushaltskrise sollte durch Sparpolitik begegnet werden, was den Brandherd der Staatsfinanzen zwar eindämmte, allerdings nur um den Preis der Brandstiftung in anderen sozialen Bereichen, Kürzungen bei Löhnen und Renten und Schließungen beispielsweise von Krankenhäusern.

Vielleicht wäre der Titel »globaler Kapitalismus im Ausnahmezustand« gegenwärtig noch angemessener. Die Corona-Pandemie hat viele der permanenten Krisen wieder einmal offen auf das Tableau der Tagespolitik gelegt, allen voran das, was als »Krise

der Reproduktion« bezeichnet wird (so der Heftschwerpunkt der PROKLA 197). Die Pandemie hat wahrlich als Katalysator der mörderischen Schwächen eines neoliberal zugerichteten Gesundheitssystems gedient. Sie hat aber auch gezeigt, dass die Bevölkerungen angesichts konkreter Gefahrenlagen zu großen Einschränkungen und Veränderungen in ihrem Alltag bereit sind. Sie hat gezeigt, dass Staaten tief in ökonomische Prozesse eingreifen können, wirtschaftliche Konversion in vielen Bereichen doch relativ zügig möglich ist – statt Autos wurden Beatmungsgeräte produziert. Und sie hat gezeigt, dass die Gesellschaft trotz Jahrzehnten neoliberaler Vereinzelung im sozialen Nahbereich immer noch handlungsfähig ist.

In Zeiten der aktuellen Corona-Pandemie werden grundsätzliche Themen wie die Fragen nach Eigentum und Eigentumsverhältnissen neu diskutiert. Neben den Fragen nach einer (Re-)Kommunalisierung des Gesundheitswesens stehen Debatten um die Rücküberführung und Re-Nationalisierung der Produktion von Hygiene- und Sanitätsprodukten im Raum. Ob dieser Debatten wähnt die neoliberale *Wirtschaftswoche* bereits eine neue »Systemdebatte« und stellt unter dem Titelbild mit Marx-Konterfei zur Diskussion, ob »der Kapitalismus endlich ausgedient« habe. Eine Zuspitzung der Eigentums-

frage ließ sich auch in den vergangenen Monaten, vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, beobachten. So stellte der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert im Mai vergangenen Jahres in einem Interview mit dem *Spiegel* die Kollektivierung von Großunternehmen zur Debatte, worauf das liberal-konservative Bündnis aus CDU und FDP appellierte, Kühnert solle lieber »das Godesberger Programm statt Karl Marx lesen«.

Auch die Einführung der Mietpreisbremse in Berlin stellte die Frage nach Eigentum und der daraus generierten Profitmaximierung neu. So entschied das Bundesverfassungsgericht in einer Klage gegen die Mietpreisbremse, dass die »Eigentumsgarantie« nicht das »Vertrauen« der Wohnungseigentümer schütze, »mit der Wohnung höchstmögliche Mieteinkünfte erzielen zu können«, und dass es »im öffentlichen Interesse [liege], der Verdrängung wirtschaftlich weniger leistungsfähiger Bevölkerungsguppen aus stark nachgefragten Stadtteilen entgegenzuwirken« – das öffentliche Interesse steht also gegen das Interesse, maximalen Profit mit einer Immobilie zu erwirtschaften. Ob dieser Entwicklung fürchtete die *Wirtschaftswoche* bereits den »Immobilien-Sozialismus« und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Verstaatlichung, die sich leicht »in die Abteilung für Retro-Absurditäten ablegen [lasse], stünde nicht ein breiter Konsens dahinter«.

Die aktuellen Debatten zeigen deutlich, welche Grundfesten die kapitalistische Gesellschaftsordnung ausmachen – Privateigentum an Produktionsmitteln und Grund und Boden – und welches profane Interesse damit verbunden ist, sobald dieses eine Größe jenseits von

kleineren Handwerksbetrieben oder dem selbstgenutzten Eigenheim erreicht hat: Profit. Nun ist es aber so, dass es nicht nur gegenwärtig, sondern auch in der Geschichte der Bundesrepublik unterschiedlichste Formen von Eigentum gab, vor allem im Zusammenhang mit der Bereitstellung öffentlicher Güter. Mitunter ging es hierbei auch darum, dem Privateigentum überhaupt Verwertungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Dieser Umstand hallt etwa wieder, wenn gefordert wird, dass der Staat dafür Sorge tragen müsse, dass ländliche Regionen mit schnellem Internet versorgt sind. Privatunternehmen wie die Telekom könnten das alleine nicht stemmen und es sei im Interesse der lokalen Wirtschaft, aber auch im Interesse des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, dass sich in dieser Frage endlich etwas bewege. Ähnlich wurde vor Jahrzehnten bei anderen Formen von Infrastruktur argumentiert, bei Wasser, Strom und Telekommunikation, bei der Abfallentsorgung, bei Fern- und Nahverkehr, beim Wohnen, bei der Krankenversorgung, bei Bildung und Kultureinrichtungen.

Weniger in der Öffentlichkeit präsent sind die linken Debatten der letzten Jahre, etwa um Aneignung, als der Slogan der 1960er »Alles für Alle« reanimiert wurde, um *commons* und *commoning*, um Solidarische Ökonomie und Wirtschaftsdemokratie, um öffentliche Güter und soziale Infrastruktur als Formen von Sozialpolitik. Inzwischen hat sich die Diskussion verschoben, weg von einer eher abstrakten Verständigung über die Formen von Eigentum und alternativen Praktiken hin zu den diversen Feldern, wie etwa dem Wohnen. Das ist

auch dem Umstand geschuldet, dass es so aussieht, als könnten, anders als vor 15 Jahren, nun konkrete Veränderungen eher durchgesetzt werden. Daran zeigt sich, dass sich die Verhältnisse zugespitzt und deutlich verschärft haben. Das Verwertungsinteresse des Kapitals untergräbt verstärkt die (bezahlbaren) Lebensgrundlagen großer Teile der Gesellschaft. Es wird jetzt viel breiter über Rekommunalisierung, Reaktivierung öffentlicher Güter und Enteignung diskutiert, im Sinne ganz konkreter Formen, und wie die (lokale) Politik sich im öffentlichen Interesse Handlungsspielräume organisieren kann.

Eine neue Aktualität gewinnt die Eigentumsfrage auch vor dem Hintergrund der Klimakrise. Es wird deutlich, dass zentrale wirtschaftliche Sektoren und gesellschaftliche Infrastrukturen in kürzester Zeit radikal umstrukturiert werden müssen, um der ökologischen Zerstörung angemessen zu begegnen. Dies erfordert einerseits große staatliche Eingriffe, andererseits scheint die Privatwirtschaft überwiegend nicht dazu bereit. Mehr als die Hälfte aller Industrie-Emissionen werden laut der Untersuchung der NGO *Carbon Disclosure Project* von nur 25 Unternehmen ausgestoßen. Die privaten Profitinteressen widersprechen diametral den Anforderungen für eine sozial-ökologische Transformation mit dem Ziel, dem Klimawandel beizukommen. Auch diese Entwicklung setzt die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung.

In diesem Heft wird Eigentum in mehreren Artikeln auf verschiedenen Ebenen diskutiert. *Ingo Stützle* fragt danach, wie Eigentum und Geld historisch entstanden sind und zeigt, dass

es nicht nur beim Eigentum, sondern auch – was weniger bekannt ist – beim Geld außerökonomische Zwangsgewalt war, die diesen als gesellschaftlich gültige soziale Form zur Durchsetzung verhalf. *Sabine Nuss* nimmt die herrschenden Eigentumsverhältnisse in den Blick und bezieht sie auf die aktuelle Situation der Corona-Krise, die neben der gesundheitlichen mehr und mehr eine dramatische wirtschaftliche Dimension hat. Gerade die Eigentumslosen erweisen sich dabei als besonders verwundbar, ein Umstand, der bei der Rede von »Alle sitzen in einem Boot« grundsätzlich ausgeblendet wird. *Jenny Simon* thematisiert eine spezifische Form von Eigentum, das Aktienkapital, und untersucht, wie sich das Kommando darüber verändert hat. Sie diagnostiziert eine massive Konzentrationsdynamik, die einer kleinen Gruppe von institutionellen Investoren immer größere Macht beschert hat: den Indexfondsanbietern. Eigentum kann sich jedoch, wie *Rebecca Rahe* zeigt, auch auf den menschlichen Körper beziehen, unter anderem durch die Inwertsetzung menschlicher Eizellen. Die Verbreitung der Reproduktionstechnologien ging in den letzten Jahren damit einher gegangen, dass sich auch auf rechtlicher Ebene das Konstrukt des Eigentums am menschlichen Körper durchgesetzt hat.

Gegenüber all diesen mit der Entwicklung des Kapitalismus verbundenen Formen privaten Eigentums wurde seit dem 19. Jahrhundert immer wieder auf die Variante des genossenschaftlichen Eigentums zurückgegriffen. Dieses hat seither wechselnde Konjunkturen und in den letzten Jahrzehnten – sei es als

Konsum- oder Produktionsgenossenschaften – einen deutlichen Aufschwung erlebt, allerdings auch sehr kontroverse Einschätzungen erfahren. *Alexander Maschke* und *Philipp Köncke* diskutieren anhand des konkreten Beispiels der genossenschaftlichen Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, inwieweit diese ihrem solidarischen Anspruch unter kapitalistischen Verhältnissen gerecht werden kann. Grundsätzlicher analysiert *Andreas Exner* die Möglichkeiten einer Solidarischen Ökonomie als Mittel einer sozial-ökologischen Transformation als demokratisches Mehrebenenprojekt, das Gabepraktiken anstelle von Markt und Tausch in den Mittelpunkt stellt, und vertritt, dass diese Form unter Marktbedingungen auch überlebensfähig ist.

Mehrere Einsprüche in diesem Heft befassen sich mit möglichen oder drohenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Corona-Krise. *Stefan Schmalz* beleuchtet die Situation in China, dem Land, von dem sie ausging und dessen Ökonomie als erste davon betroffen wurde. Er sieht Anzeichen dafür, dass diese sich im Vergleich zu den meisten westlichen Volkswirtschaften als resilienter erweist und dadurch auch die hegemoniale Auseinandersetzung mit den USA neu strukturiert wird. *Etienne Schneider* und *Felix Syrovatka* gehen der Frage nach, inwieweit eine neuerliche Eurokrise, mit Italien im Fokus, droht. Sie diskutieren verschiedene Szenarien sowie Gefahren und Chancen für progressive Akteure angesichts dieser Situation. *Raul Zelik* ordnet die Corona-Pandemie in den Rahmen einer sozialökologischen Großkrise ein und verweist auf die letztlich

antagonistische Beziehung von Kapital und Leben. Daraus ergibt sich, dass antikapitalistische Alternativen grundsätzlich als »Projekte des Lebens« neu gedacht werden müssen.

Auch dem Schwerpunkt-Thema dieses Heftes, der politischen Ökonomie des Eigentums, sind mehrere Einsprüche gewidmet. *Oliver Schlaudt* nimmt die bisher vorliegenden Kritiken zum neuen Buch von Thomas Piketty, *Ideologie und Eigentum*, unter die Lupe. Anders als vielfach behauptet wird, stellt ihm zufolge Piketty, wenn er die Ideologie des Eigentums kritisiert, nicht Marx »auf Kopf«. *Halina Wawzyniak* knüpft an die aktuelle Debatte zu Verstaatlichungen an und argumentiert, dass Vergesellschaftungen eine Form der Umsetzung des Sozialstaatsprinzips darstellen, die nicht mit Enteignungen zu verwechseln sind.

Aktuelle politische Entwicklungen werden in weiteren Einsprüchen aufgegriffen. *Armin Puller* analysiert die britische Labour Party nach der Wahlniederlage vom Dezember 2019 und fragt nach dem möglichen Überleben des Corbynismus ohne Corbyn. *Sarah Schulz* nimmt die thüringische Ministerpräsidentenwahl im Februar dieses Jahres zum Anlass, um auf die ideologischen Hintergründe des damit verbundenen Skandals hinzuweisen – die »Hufeisentheorie«, wonach linke und rechte Parteien gleichermaßen von der demokratischen Mitte entfernt seien. Schließlich werfen *Tobias Boos* und *Aaron Taus* einen Blick auf den seit Ende 2019 einsetzenden Zyklus populärer Mobilisierungen in Ecuador, Chile, Bolivien und Kolumbien, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede verdeutlicht werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die diesjährige Mitgliederversammlung der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die am 9. Mai hätte stattfinden sollen, auf unbestimmte Zeit verschoben. Wir werden versuchen, einen Termin im Spätherbst zu finden oder – wenn eine Versammlung in Berlin nicht möglich sein sollte – eine Online-Versammlung abzuhalten und dafür die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

• • •

Im Januar 2020 ist Gerhard Armanski verstorben. Er war Gründungsmitglied der PROKLA und lange Jahre Mitglied der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«. Zusammen mit anderen gründete er die legendäre Sozialistische Assistentenzelle am Berliner Otto-Suhr-Institut. Zu dieser gehörten auch Wolf-Dieter Narr, 2019 verstorben, und Elmar Altvater, 2018

verstorben. Im Begleitheft zum Brettspiel »Klassenkampf«, das »Monopoly« nachempfunden ist, ist sein Buch *Staatsdiener im Klassenkampf. Soziale Lage und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD* als Lektüre empfohlen. Die »Probleme des Klassenkampfes« sollten also auch spielerisch angegangen werden. Seinen letzten PROKLA-Beitrag steuerte er, zusammen mit Jens Warburg, 2011 für Heft 162 bei, zu einem Thema, das uns leider noch immer erhalten geblieben ist und zu dem auch das Heft 201 geplant ist: Krieg. Sein letztes Buch, *Monsieur le Capital und Madame la Terre: Blauer Planet im Würgegriff*, erschien im Jahr 2015 im Verlag Westfälisches Dampfboot.

• • •

Die PROKLA-Redaktion dankt der Gastredakteurin Sabine Nuss ganz herzlich für ihre Ideen und ihr Engagement für die vorliegende Ausgabe.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF